

Neuer Autoritarismus und Geschlecht

Rechtspopulistische Demokratievorstellungen

Birgit Sauer

Einleitung

Autoritäre, rechts-nationalistische und rechtspopulistische Bewegungen zielen rund um den Globus darauf ab, liberal-demokratische und rechtsstaatliche Institutionen umzubauen bzw. abzuschaffen, um ihr politisches Projekt einer „illiberalen Demokratie“, wie dies Victor Orban nennt, umzusetzen. Eine Bremer Forschungsgruppe bezeichnet dies auch als „soften Autoritarismus“,¹ weil die Beseitigung der Demokratie nicht durch einen (militärischen) Putsch erfolgt, sondern beispielsweise durch die Eroberung demokratischer Institutionen durch Wahlen. Der FPÖ (Freiheitliche Partei Österreichs), der AfD (Alternative für Deutschland), Jair Bolsonaro in Brasilien, Donald Trump in den USA und Narendra Modi in Indien ging und geht es darum, vom Neoliberalismus übriggelassene Formen institutioneller Gleichheit (z.B. des Wohlfahrtsstaates, der Bildungs- oder Gleichstellungspolitik) zu beseitigen, Diversität und Pluralität zunächst diskursiv zu delegitimieren und dann auszuschalten, Partizipation zu verunmöglichen sowie eine führerorientierte Regierungsform zu realisieren. Die Forderung nach „mehr Demokratie“ bzw. nach mehr direkter Demokratie, wie sie beispielsweise die FPÖ immer wieder erhebt, ist ein Aspekt der Delegitimierung repräsentativer Demokratie und deutet zugleich auf spezifische Formen rechter ‚Volksherrschaft‘.

Populistisch können diese Parteien, Personen und Bewegungen deshalb genannt werden, weil ihre Mobilisierungs- und Argumentationsstrategien auf zwei zentralen Antagonismen und Spannungsverhältnissen beruhen: zwischen einem nationalistisch oder völkisch imaginierten ‚Wir‘, einer Gemeinschaft, die erstens gegen eine ebenso imaginierte politische Elite oder ein Establishment und zweitens gegen ‚Andere‘, in der Regel Migrant_innen, aber auch andere Religionsgemeinschaften positioniert wird.

Auch wenn es so scheint, dass die Rechten in Europa in der Pandemie gleichsam ihr Thema verloren hat – nämlich das der Mobilisierung gegen Migrant_innen –, gibt es nach wie vor Indizien, dass antagonistische Denkmuster auch und gerade in der Pandemie mobilisierbar sind und mobilisiert werden, dass „Kulturen der Ablehnung“, wie wir dies in einem Forschungsprojekt bezeichnen (<http://culturesofrejection.net/>), rechte Kräfte und Politikprojekte akzeptabel machen – sei es die Ablehnung von Pandemiebekämpfungsmaßnahmen, seien es verschwörungstheoretische Tropen, anschließbar an Antisemitismus, aber auch an andere rassistische Ausschließungsformen. Und auch diese Denk- und Gefühlsmuster können von der politischen Rechten (langfristig) in ein anti-demokratisches Projekt eingebaut werden.

Ein ebenfalls wichtiger Ablehnungsdiskurs der politischen Rechten ist jener gegen „Gender“, der sie mit weiteren (globalen) Akteuren in einer „anti-genderistischen“ Bewegung vereint (Kuhar/Paternotte 2017). Geht es z.B. dem Vatikan, einem der Protagonisten im Kampf gegen Gender (Case 2019), um die Beschneidung reproduktiver

Rechte für Frauen und ein Verbot der Homosexualität, so nutzt die politische Rechte den Kampf gegen Gender für ihr Projekt kultureller Hegemonie und anti-demokratischer Herrschaft.

Mein Text möchte am Beispiel Österreichs und Deutschlands aufzeigen, dass der Kampf gegen Gender also nicht zufällig im Zentrum vieler rechter Akteur_innen steht, sondern dass dieser Kampf ein zentraler Baustein des rechten Umbaus liberaler Demokratien ist. Über die Aufrufung von Gender werden spezifische Demokratievorstellungen der populistischen Rechten transportiert. Die rechten Akteur_innen, so möchte ich zeigen, wollen auf den Ruinen der repräsentativ-liberalen Demokratie eine exklusive, völkische Form der Herrschaft etablieren und so die Mehrheit der Bürger_innen entmächtigen.

Ich werde im Folgenden zunächst die Entstehung der politischen Rechten aus neo-liberalen Transformationen – auch von Geschlechterverhältnissen – darlegen, um so zu erklären, weshalb Geschlecht bzw. Gender so zentral für rechtspopulistische Mobilisierung ist. Daran anschließend werde ich kurz die zentralen Deutungsmuster im Kampf gegen Gender diskutieren, um deutlich zu machen, welche Demokratievorstellung Rechtspopulist_innen – vor allem in Österreich und Deutschland – damit verknüpfen. In einem Fazit möchte ich einen resümierenden Ausblick auf Chancen einer Re-Demokratisierung geben.

Die Erosion liberaler Demokratie durch neoliberale Restrukturierung, der Aufstieg der autoritären Rechten und die Bedeutung von Geschlecht

In ihrem neuen Buch deutet Wendy Brown (2019) den Trumpismus in den USA als eine Folge neoliberaler Politiken. „In the ruins of neoliberalism“, so der Buchtitel, seien autoritär-rechte Begehrensstrukturen und politische Mobilisierungsmuster entstanden. Auch für Europa bzw. für Österreich und Deutschland dient diese Konstellation als wissenschaftliches Erklärungsmuster für den Aufstieg der autoritären Rechten. Die Erosion des Wohlfahrtskonsenses delegitimierte die großen Parteien, die immer weniger auf die Bedürfnisse und Interessen der Mehrheit der Bürger_innen eingingen. Sukzessive wurde so die Basis liberaler Demokratie und ihrer Institutionen zerstört, und der liberal-demokratische Kompromiss, nicht zuletzt das Versprechen des sozialen Ausgleichs, aufgelöst. In der Finanzkrise 2008 hatten bereits die politischen Eliten der EU das Konzept Demokratie neu definiert, wie dies in den autoritären Politiken der ‚Troika‘ bzw. der ‚Institutionen‘ gegenüber Griechenland oder im Europäischen Wirtschaftspakt (New Economic Governance) zum Ausdruck kam. Angela Merkel sprach in der Folge von einer „marktkonformen Demokratie“.² Ein „autoritärer Konstitutionalismus“ (Oberndorfer 2013) und der „technokratisch verbrämte(r) Autoritarismus der Postdemokratie“ (Ullrich 2015: 17) bereiteten den Boden für anti-demokratische Tendenzen rechtspopulistischer Parteien. Diese griffen und greifen also die anti-demokratischen Tendenzen der liberalen Parteiendemokratie auf.

Rechte Parteien versuchten Prozesse der Verunsicherung durch mögliche Wohlstandsverluste zu verschärfen und deuteten im Kontext steigender Geflüchtetenzenzahlen die Ursachen sozialer Ungleichheit von einer Klassen- in eine Migrations- und Flücht-

lingsfrage um. Die ökonomische Verunsicherungsthese (z.B. Dörre 2016) allein ist also für die Erklärung des Erfolgs rechtspopulistischer Parteien nur bedingt haltbar (Müller 2016: 33), nicht zuletzt auch deshalb, weil sich die Wähler- und Anhängerschaft rechtspopulistischer Parteien nicht nur aus offensichtlich von sozialem Abstieg bedrohten gesellschaftlichen Gruppen rekrutiert. Neben Klassenverhältnissen müssen vielmehr auch Geschlechterverhältnisse und die kulturellen Devastierungen eines neoliberalen Kapitalismus zur Erklärung des Phänomens radikaler Rechtspopulismus in Betracht gezogen werden. Die Marginalisierung der Arbeitenden wird im rechtspopulistischen Diskurs zwar als Problem kapitalistischer Globalisierung, aber nicht als Klassenfrage thematisiert, sondern als Frage von Ethnizität, Nationalität, Migration und auch als Frage von Geschlecht. Diese diskursive Mobilisierung hat materielle Veränderungen von Geschlechterregimen als Basis.

Die systematische Aushöhlung des Wohlstands der Erwerbstätigen, die Prekarisierung von Arbeit und die steigende soziale Verunsicherung waren von einer stärkeren Erwerbsbeteiligung von gut ausgebildeten Frauen und von einer partiellen Auflösung des männlichen Ernährermodells begleitet. Mit dem neoliberalen Umbau kapitalistischer Gesellschaften erodierten also hierarchische Geschlechterregime, die männliche Vorherrschaft in der Familie wie auch in der Öffentlichkeit und die Idee, dass Männer in der Geschlechterhierarchie stets über Frauen stehen. Kurzum, tradierte Lebensweisen veränderten sich, die traditionelle geschlechtsspezifische Arbeitsteilung innerhalb von Familien sowie die Idee der heterosexuellen Kleinfamilie wurden herausgefordert (Candeias 2016: 19).

Rechtspopulisten sind im Kontext der Nichtbearbeitung von sozialer Ungleichheit durch die Volksparteien diejenigen politischen Akteur_innen, die daher vor allem männliche Enttäuschungen und Ohnmachtsgefühle aufgreifen und in Hass auf Frauen und auf Gleichstellungspolitik, in Wut gegen ‚Andere‘ vor allem gegen Migrant_innen, aber auch gegen Feminist_innen und gut ausgebildete erwerbstätige Frauen umdeuten. So lässt sich die rechtspopulistische ‚Besessenheit‘ von Geschlecht und Gender, aber auch die erfolgreiche Propagierung einer ‚Krise der Männlichkeit‘ durch die politische Rechte erklären. Björn Höcke von der AfD ist einer der prominentesten Propagandisten einer solchen Männlichkeitskrise, der er mit einer neuen heroischen, ja militaristischen Männlichkeit begegnen will: „Wir müssen unsere Männlichkeit wieder entdecken. Denn nur wenn wir unsere Männlichkeit wiederentdecken, werden wir mannhaft. Und nur wenn wir mannhaft werden, werden wir wehrhaft, und wir müssen wehrhaft werden, liebe Freunde!“³

In der diskursiven Geste der Ab- und Ausgrenzung, des *Othering* macht der Rechtspopulismus nicht nur neue – exklusive – Solidaritätsangebote (Dörre 2016: 5), sondern auch ein Angebot der Selbstaffirmierung, der Selbstbestärkung vermeintlich marginalisierter Männlichkeit (zum Begriff: Connell/Messerschmidt 2005). Im neoliberalen Verunsicherungsdiskurs bieten rechtspopulistische Anti-Gender-Anrufungen also Anknüpfungspunkte für eine Re-Etablierung alter Geschlechterkonstellationen und -hierarchien. Dieses diskursive Angebot wird gleichsam als Heilmittel gegen sich erniedrigt oder marginalisiert fühlende Männlichkeit verordnet. Die ‚Wiedererringung‘ von Männlichkeit, die Björn Höcke fordert bzw. verspricht, enthält die Festigung hierarchischer Zweigeschlechtlichkeit, männlicher Suprematie und Aggressivität. Dies impliziert die Aufwertung maskulinistisch kodierter Eigenschaften: Höcke spricht von ‚Wehrhaf-

tigkeit; Werner Reichel (2015: 109), einer der österreichischen Anti-Gender-Protagonisten, von Mut und Risiko als männliche Eigenschaften, Marc Jongen (2017), der AfD-Chefideologe, propagiert ein Thymos-Training, also die Betonung von Mut, Zorn und Aggressivität. Der Selbstaffirmierung dient auch die Ablehnung von Gleichstellungspolitik, die als Privilegierung von insbesondere gut ausgebildeten Frauen dargestellt wird.

In femonationalistischen Argumentationen (Farris 2017), also der Betonung der Gleichstellung in der eigenen Nation mit dem Ziel der Abwertung ‚anderer‘, vornehmlich muslimischer Menschen als patriarchal und vormodern-frauenverachtend, können sich marginalisierte Männlichkeiten darüber hinaus als liberal, aufgeklärt und modern – in Abgrenzung von muslimischen Männern – entwerfen (de Lange/Mügge 2015: 62). Und schließlich taugt diese Argumentationsfigur auch dazu, marginalisierte Männlichkeiten im Gestus des Schutzes von Frauen der Mehrheitsgesellschaft vor migrantischen Männern zu erhöhen.

Diese Form rechts-autoritärer maskulinistischer Identitätspolitik besitzt freilich auch Attraktivität für Frauen.⁴ Insbesondere Frauen, die durch die neoliberale Mobilisierung zur Erwerbsarbeit von sozialstaatlichen Institutionen allein gelassen werden und unter der Mehrfachbelastung leiden, macht das rechtspopulistische Versprechen auf die Re-Etablierung traditioneller Geschlechterverhältnisse ein ‚Entlastungsangebot‘, also eine Lebensform jenseits neoliberaler Subjektivierung. Der autoritäre Rechtspopulismus kann somit als eine neuartige Zuspitzung der immer-schon existierenden Geschlechterungleichheit und des Sexismus kapitalistischer Gesellschaften und liberaler Demokratien begriffen werden (siehe dazu auch den Beitrag von Zandonella in diesem Heft).

Geschlecht, oder besser Gender, dient also im rechten Kampf um kulturelle Hegemonie und politische Macht als Mobilisierungssymbol, das die sich verschärfende soziale Ungleichheit, die zunehmende Unsicherheit und Prekarisierung von Arbeit und Leben zusammenfügt, um gegen die gesellschaftlichen Reformen sozialdemokratischer Provenienz und gegen die Liberalisierung von Lebensformen der 1970er-Jahre, gegen „68“ also, zu mobilisieren und so eine neue Vorstellung von Gesellschaft, Politik und Staat aufzurufen sowie neue hegemoniale Verhältnisse zu modulieren (siehe dazu auch den Beitrag von Hubmann/Rendl in diesem Heft).

Rechter Kampf um Hegemonie. Geschlecht als Kristallisationssymbol

Die geschlechtsspezifischen Deutungsmuster rechtspopulistischer Mobilisierungen sind bewusst gewählt und funktional für ein radikal rechtes Hegemonieprojekt. Im biopolitischen Arrangement der autoritären Rechten nehmen Geschlechter- und Sexualitätsverhältnisse eine prominente Rolle für die Verfassung eines national-populistischen autoritären Projekts ethnischer Homogenität und exkludierender Staatsbürger_innenschaft, also einer Solidarität nur unter vermeintlich Gleichen, ein.

Geschlecht eignet sich deshalb so gut für die rechtspopulistische Mobilisierung eines ‚common sense‘, eines neuen hegemonialen Kompromisses, weil mit dem Bezug auf Geschlecht an Alltagserfahrungen angeknüpft werden kann – an erfahrbare und erfahrene körperliche Praxen einer lang tradierten, vermeintlich natürlichen hierarchi-

schen und binären Zweigeschlechtlichkeit, die durch Gleichstellungspolitik zwar erschüttert, aber keineswegs erodiert ist, sondern noch immer die Lebensweisen und den Habitus, also auch die Körpererfahrung vieler Menschen prägt. Geschlecht moduliert aufgrund seiner binär gedachten Struktur die rechtspopulistischen antagonistischen Strategien. Die rechtspopulistisch über Geschlecht vermittelte Anrufung des ‚Volkes‘ zeitigt drei diskursive Effekte, die Aufschluss über die Demokratievorstellungen der autoritären Rechten geben.

Zum ersten lässt sich unter Rückgriff auf eine biologisch-natürliche heterosexuelle Zweigeschlechtlichkeit die Natürlichkeit und Homogenität ‚des Volkes‘ symbolisieren (Diehl 2016: 17). Sowohl die FPÖ wie der Rassemblement National berufen sich auf eine binäre heterosexuelle Zweigeschlechtlichkeit, um ein ‚gesundes‘ und ‚reines‘ Volk argumentativ herzustellen (Sauer et al. 2016: 112). Das rechtspopulistische Konzept des Volkes als ein solches biopolitisches Projekt ist an ethnopluralistische Konstrukte der Reinheit und der Ablehnung von Vermischungen (Schellenberg 2009: 2) anschließbar und bildet damit einen Baustein rassistisch-exkludierender Strategien.

Eine geschlechterideologisch begründete natürliche Zugehörigkeit rechtfertigt diskursiv den Ausschluss von ‚Anderen‘ und exklusive Formen nationaler Zugehörigkeit. Die Intervention von Thilo Sarrazins (2010) Buch „Deutschland schafft sich ab“ war ein erstes prominentes Beispiel für eine maskulinistische biopolitische Anrufung, die Frauen die Rolle der Gebärenden zuschreibt.

Zweitens hat ein natürlich gedachtes Volk einen vorpolitischen Charakter, sodass soziale Konflikte in natürlich unveränderliche Ungleichheiten umgedeutet und somit tendenziell negiert werden. Zweigeschlechtlichkeit bildet somit ein Paradigma *zum ersten* dafür, Gesellschaften in zwei distinkte und hierarchisch angeordnete Gruppen zu teilen, und *zum zweiten* dafür, dass es ‚natürlicher‘ Weise ein jeweils ‚Anderes‘, also Ungleiches geben muss. Anhand der als natürlich angenommenen Geschlechterungleichheit lassen sich die Vorstellung einer „prinzipiellen Ungleichheit von Menschen“ und daraus sich ergebende Unter- und Überordnungen legitimieren (Lewandowsky/Giebler/Wagner 2016: 252ff.; Birsl 2011: 17). Darüber hinaus können Klassenwidersprüche als entsolidarisierende Geschlechterwidersprüche oder als Problem von Migration und Religion thematisiert und diskursiv bearbeitet werden. Vor allem aber lässt die vermeintliche Natürlichkeit von Ungleichheit kollektive Selbstbestimmung, der eigentliche Wortsinn von Demokratie, unmöglich erscheinen. Denn Ungleiche können nicht gemeinsam über sich selbst entscheiden.

Drittens ist das über die Geschlechterfigur konstruierte Volk eine schwache, passive und handlungsunfähige Einheit, gewissermaßen ein betrogenes Opfer, das vor der Verführung durch korruptierte politische Eliten (oft auch als Gender-Elite oder Homo-Lobby diffamiert) gerettet werden muss. Rechtspopulistische Führungspersönlichkeiten imaginieren sich als diese Retter. Der Appell an das Volk als Souverän, die Forderung direktdemokratischer Verfahren, die rechtspopulistische Akteur_innen mit ihrer Berufung auf ‚das Volk‘ oft erheben, und der Anspruch, die Verfechter einer ‚wahren‘ Demokratie zu sein, bezeichnet daher eher einen Bedarf an Führung, denn an Partizipation, an autoritäres, maskulinistisches Regieren, denn Selbstbestimmung.

Aus der natürlichen und patriarchalen Vorstellung des Volkes folgt somit insgesamt ein anti-demokratischer Gestus gegen die Selbstbestimmung des Volkes. Repräsentativ-demokratische Verfahren, Normen und Regeln stehen einem exklusiven politischen

Projekt nicht nur diametral gegenüber, sondern im Wege. Und ein weiter Begriff von Demokratie als Selbstbestimmung verschwindet aus dem Universum resouveränisierter rechter Männlichkeit.

Fazit

Geschlecht wurde in der rechtspopulistischen Debatte zum Modulator eines umfassenden Kulturkampfes, eines Kampfes um kulturelle Hegemonie und politische Macht. Mit Geschlecht können zahlreiche Vorstellungen über das ‚Wir‘, das ‚Volk‘ aufgerufen werden, die ein grundlegend neues Konzept von Gesellschaft und Demokratie diskursiv herstellen. Die moralisch-politische Wende, die die (west-)europäischen Rechtspopulisten herbeizuführen trachten, zielt gegen eine ‚sozial-demokratische‘ Konstellation der (wenn auch historisch nur begrenzten) Umverteilung und Integration sowie gegen kulturliberale Tendenzen in der Folge von 1968. Sie richtet sich gegen neue Formen des partnerschaftlichen Zusammenlebens von Männern und Frauen, gegen Maßnahmen zur rechtlichen Gleichstellung von Frauen und will vielmehr das aufrechterhalten, was Myra Marx Ferree (2021) „breadwinner brotherhood“-Modell nennt. Die autoritäre Rechte richtet sich schließlich auch gegen die Gleichstellung von LGBTIQ-Menschen.

Stuart Hall nannte die Konstellation der Thatcher-Regierung „autoritären Populismus“ (Hall 1985: 116), also eine Entwicklung vom Konsens hin zum Zwang und zu ‚law and order‘. Der Blick auf die Geschlechterdimension des neoliberalen Kapitalismus und der daran anknüpfenden rechten Mobilisierung macht genau ein solches autoritäres, anti-pluralistisches und anti-demokratisches Projekt des Rechtspopulismus sichtbar und möglicherweise auch gegenhegemonial bearbeitbar. Denn die Geschlechterperspektive deutet auch auf Spannungen und Widersprüche im rechtspopulistischen Diskurs hin. Die patriarchal-kapitalistischen Widersprüche zwischen Klasse, Nationalität, Religion und Geschlecht sind die Grundlage der sozialen Trennungen und Spaltungen, die rechtspopulistische Strategien verfolgen. Allerdings kann die offene Flanke dieser nach wie vor ungelösten Widersprüche reflektiert und für ein demokratisches Projekt nutzbar gemacht werden. Solche strategischen Überlegungen brauchen unabdingbar eine intersektionale Perspektive. Feministische Kämpfe müssen daher Unterschiede aufgrund von Sexualität, Ethnizität, Nationalität, Klasse und Religion einschließen. Zudem zeigt eine geschlechtertheoretische Sicht auf aktuelle Transformationen von Demokratie, dass Hegemonie gegen rechte Politiken des Ausschlusses und der Entsolidarisierung einen materiellen Kompromiss von Gleichheit und Solidarität benötigt. Nur durch die Überwindung patriarchal-kapitalistischer Arbeitsweisen kann Demokratie als Lebens- und Gesellschaftsform, die über liberale, repräsentative Regeln und Normen hinausgeht, gelingen (siehe dazu auch den Beitrag von Prainsack/Wagenaar in diesem Heft). Die Covid-Pandemie hat deutlich gemacht, dass patriarchal-kapitalistische Gesellschaften ein multiples Care-Defizit haben – dies ist möglicherweise ein Ansatzpunkt für Auseinandersetzungen um Re-Demokratisierung.

Anmerkungen

- 1 <https://www.uni-bremen.de/kultur/forschung/forschungsprojekte/research-group-soft-authoritarianisms>
- 2 Rede Angela Merkels auf einer Pressekonferenz im Jahr 2011; <https://www.youtube.com/watch?v=y4ClIBL-EKg>, 6. 7. 2019.
- 3 Björn Höcke auf dem Parteitag der Alternative für Deutschland im November 2015 in Erfurt, <https://www.youtube.com/watch?v=yBvyoMR3KBE>, 30. 11. 2016.
- 4 Ich danke Gabriele Dietze für diesen Hinweis.

Literatur

- Birsl, Ursula (2011): Rechtsextremismus und Gender. In: Birsl, Ursula (Hg.): *Rechtsextremismus und Gender*. Opladen/Farmington Hills, 11–26.
- Brown, Wendy (2019): *In the Ruins of Neoliberalism. The Rise of Antidemocratic Politics in the West*. New York: Columbia University Press.
- Candeias, Mario (2016): Gegenmittel. Autoritärer Neoliberalismus und Rechtspopulismus. Perspektiven einer verbindenden linken Partei. In: Demirovic, Alex (Hg.): *Transformation der Demokratie – demokratische Transformation*. Münster: Westfälisches Dampfboot, 9–34.
- Case, Mary Anne (2019): Trans Formations in the Vatican’s War on “Gender Ideology”. In: *Signs* 44 (3), 639–664.
- Connell, Raewyn/Messerschmidt, James W. (2005): Hegemonic Masculinity. Rethinking the Concept. In: *Gender & Society* 6, 829–859.
- Diehl, Paula (2016): Demokratische Repräsentation und ihre Krise. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 40–42, 12–17.
- Dörre, Klaus (2016): Die national-soziale Gefahr. Pegida, Neue Rechte und der Verteilungskonflikt – sechs Thesen. In: Rehberg, Karl-Siegbert/Kunz, Franziska/Schlinzig, Tino (Hg.): *PEGIDA – Rechtspopulismus zwischen Fremdenangst und „Wende“-Enttäuschung?* Bielefeld: Transkript.
- Farris, Sara R. (2017): *In the Name of Women’s Rights. The Rise of Femonationalism*. Durham/London: Duke University Press.
- Ferree, Myra Marx (2021): Under different umbrellas: intersectionality and alliances in US feminist politics. In: *European Journal of Politics and Gender*, DOI: 10.1332/251510820X16068343934216.
- Hall, Stuart (1985): Authoritarian Populism: A Reply to Jessop et al. In: *New Left Review* I (151), May-June, 115–124.
- Jongen, Marc (2017): Migration und Thymos-Training. Vortrag auf der Winterakademie des Instituts für Staatswissenschaft, https://www.youtube.com/watch?v=cg_KuESI7rY, 04.05.2021.
- Kuhar, Roman/Paternotte, David (Hg.) (2017): *Anti-Gender Campaigns in Europe. Mobilizing against Equality*. London/New York: Roman and Littlefield.
- Lange, Sarah de/Mügge Liza M. (2015): Gender and right-wing populism in the Low Countries: ideological variations across parties and time. In: *Patterns of Prejudice* 49 (1), 61–80.
- Lewandowsky, Marcel/Giebler, Heiko/Wagner, Aiko (2016): Rechtspopulismus in Deutschland. Eine empirische Einordnung der Parteien zur Bundestagswahl 2013 unter besonderer Berücksichtigung der AfD. In: *Politische Vierteljahresschrift* 57 (2), 247–275.
- Müller, Jan-Werner (2016): *Was ist Populismus? Ein Essay*. Berlin: Suhrkamp
- Oberndorfer, Lukas (2013): Vom neuen, über den autoritären, zum progressiven Konstitutionalismus? Pakt(e) für Wettbewerbsfähigkeit und die europäische Demokratie. In: *Juridikum* 1, 76–87.
- Reichel, Werner (2015): Der Genderismus und seine Opfer. In: Günther, Christian/Reichel, Werner (Hg.): *Genderismus(s). Der Masterplan für die geschlechtslose Gesellschaft*. Wien: Frank & Frei, 99–128.
- Sarrazin, Thilo (2010): *Deutschland schafft sich ab. Wie wir unser Land aufs Spiel setzen*. München: DVA.
- Sauer, Birgit et al. (2016) Exclusive intersections: constructions of gender and sexuality. In: Lazaridis, Gabriella/Campani, Giovanna (Hg.): *Understanding the Populist Shift. Othering in a Europe in Crisis*. London/New York: Routledge, 104–121.
- Schellenberg, Britta (2009): Aktuelle Entwicklungen im europäischen Rechtsextremismus. In: Bundeszentrale für Politische Bildung, <https://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/41221/analyse-rechtsradikale-in-europa>, 04.05.2021.
- Ullrich, Peter (2015): *Postdemokratische Empörung. Ein Versuch über Demokratie, soziale Bewegungen und gegenwärtige Protestforschung*. ipb working papers. Berlin. https://protestinstitut.eu/wp-content/uploads/2015/10/postdemokratische-empoeerung_ipb-working-paper_auf12.pdf, 04.05.2021.